



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion:
Gleichbehandlung aller Schweizer Hochschulen bezüglich
Bologna-Punkten**

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#)

Mitunterzeichnet von: Bänziger, Beeler, Frommherz, Göschke, Martin, Reber, Schoch, Trinkler und Wiedemann

Eingereicht am: 22. April 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Vor 5 Jahren wurde auch an den Schweizer Hochschulen das Bologna-System eingeführt. Neben der Harmonisierung der Hochschulbildung war eines der zentralen Ziele der Bologna-Reform, dass es für die Studenten einfacher sein sollte, Teile ihres Studiums an anderen Hochschulen als an ihrer Stamm-Uni zu absolvieren.

Zu diesem Zweck wurde das Bewertungs- und Beurteilungssystem der Universitäten angepasst. Während es früher im wesentlichen ausreichte die entsprechenden Zwischen- und Schlussprüfungen zu bestehen, muss heute zusätzlich der Nachweis des Besuchs der einzelnen Vorlesungen/Kurse erbracht werden. Für jeden besuchten (und bestandenen) Kurs erhalten die Studenten sogenannte "credits" bzw. "Bologna-Punkte". Zur Schlussprüfung wird man nur zugelassen, wenn genügend solche Punkte erarbeitet wurden.

Bologna-Punkte kann man theoretisch an allen europäischen Hochschulen sammeln, wobei es in der Praxis damit stark hapert. Die Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) hat selbst festgestellt, dass die eigentlich erwünschte höhere Mobilität durch Bologna klar nicht erreicht wird. Die Gründe hierfür sind oft im "protektionistischen" Verhalten der Hochschulen zu suchen, welche einen Anreiz haben Studenten unter keinen Umständen an andere Unis zu verlieren.

Als Beispiel sei hier das Jus-Studium erwähnt. Absolviert eine StudentIn der Universitäten Basel oder Zürich eine Vorlesung über das Schweizer Obligationenrecht an der Uni Genf oder Lausanne, so erhält sie hierfür lediglich 2/3 der an der Heim-Uni gewährten Bologna-Punkte. Eine solche systematische "Bestrafung" von initiativen StudentInnen ist nicht nachvollziehbar und trägt mit zur wachsenden Unzufriedenheit an den Universitäten bei. Abgesehen davon, ist gerade das oben erwähnte Beispiel auch staatspolitisch problematisch.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Die Regierung des Hochschul-Kantons Baselland wird beauftragt zu prüfen, inwieweit das Absolvieren gleicher Studienkurse an anderen Schweizer Hochschulen (z.B. in der Romandie) mit gleichvielen "Bologna-Punkten" wie an der Uni Basel berücksichtigt werden kann.